

CivilCode.at

Eine Online-Rechtshilfe für Opfer von Arbeitsausbeutung

ZUSAMMENFASSUNG

Opfer von Arbeitsausbeutung vermeiden es tendenziell, sich bei arbeitsrechtlichen Verstößen an offizielle Stellen zu wenden. Somit können staatliche Institutionen in solchen Situationen oftmals nicht helfen. Um die Hürden einer ersten Kontaktaufnahme abzubauen und Vertrauen aufzubauen, entwickeln wir, ein dreiköpfiges Team freiwilliger Engagierter, eine anonyme Online-Rechtsauskunft. Diese erfasst zunächst die Situation der potentiell Geschädigten durch das Abfragen von rechtlich relevanten Informationen. Im Anschluss werden Geschädigten ihre Rechte in ihren individuellen Situationen mitgeteilt. Am Ende der Auskunft wird auf staatliche Hilfsstellen mit juristischen Beratungsangeboten wie der Arbeiterkammer verwiesen. Bisher unterstützen das Projekt das OSCE Office of the Special Representative and Co-ordinator for Combating Trafficking in Human Beings sowie Prof. Köszegi von der Technischen Universität Wien.

Einen ersten Prototyp, der noch erweitert und übersetzt werden muss, finden Sie hier: civilcode.at

PROBLEMSTELLUNG

Auf das Problem wurden wir durch einen persönlichen Kontakt aufmerksam. Eine Freundin, die wegen des Krieges aus der Ukraine geflohen war, wurde hier in Österreich Opfer von Arbeitsausbeutung (Überstunden und nicht angemessene Bezahlung). Wir haben ihr geraten, sich an die Arbeiterkammer zu wenden, um in ihrer Situation juristische Unterstützung zu bekommen. Sie wollte aber nicht zur Arbeiterkammer gehen, weil sie Sorge davor hatte, dass dann rechtliche Probleme (Aufenthaltsstatus etc.) für sie entstehen könnten. Häufig ist dies auch durch einen Mangel an Vertrauen zu Behörden in den jeweiligen Herkunftsländern bedingt. Wie in ähnlichen Fällen könnte dies auch dadurch bedingt sein, dass sie aus ihrer Heimat staatlichen Behörden oder ähnlichen Organisationen nicht vertraut und auch keine Unterstützung von diesen Stellen erwartet.

Im **Report** der UN-Organisation gegen Drogen und Kriminalität (UNODC) wird dieses Problem als einer der Hauptgründe, warum Opfern von Menschenhandel nicht geholfen werden kann, bestätigt:

Victims may not trust State authorities. In particular, they may have a history of poor experiences of law enforcement agencies in the past. Traffickers may have misled them about the consequences of talking to authorities.

In den Niederlanden wurde bereits vom Jahr 2021 auf 2022 ein Anstieg von 7 auf 51 Opfer festgestellt. Bei 5,6 Mio. ukrainischen Geflüchteten ist mit größeren Zuwächsen in allen Staaten in West- und Zentraleuropa zu rechnen, auch in Österreich.

Weil Geflüchtete aufgrund ihrer präkeren Situation oftmals vielen Risikofaktoren für Menschenhandel gleichzeitig ausgesetzt sind (unzureichende finanzielle Unterstützung, sprachliche Barrieren, keine Kenntnisse über lokale bürokratische Prozesse), ist eine Zunahme der Opferzahlen von Menschenhandel nicht überraschend.

Opfer von Menschenhandel sind entweder Opfer von Arbeitsausbeutung oder von sexueller Ausbeutung. Die 51 Opfer von Menschenhandel aus den Niederlanden teilen sich auf in 49 Fälle von Arbeitsausbeutung und in 2 von sexueller Ausbeutung.

Der Krieg in der Ukraine gibt der Problematik, dass staatlichen Stellen misstraut wird, besonderen Nachdruck. Aber auch ohne diese Krise ist die Problematik in Österreich präsent, da z.B. Menschen aus Bulgarien oder Rumänien ebenfalls häufig staatlichen Organisationen misstrauen, wie anhand dieser Quellen ersichtlich ist ([Bulgarien](#), [Rumänien](#)). Daher können staatliche Hilfsprogramme Opfern oftmals nicht helfen und kriminelle Hintergrundstrukturen nicht effektiv bekämpfen.

Abschließend ist daher im Allgemeinen davon auszugehen, dass es sich bei dem Problem der oben genannten Freundin nicht um einen Einzelfall handelt.

LÖSUNGSANSATZ

Gegen dieses Problem wollen wir mit einer anonymen und niederschweligen Rechtsauskunft für Arbeitsrechtsgeschädigte vorgehen. Wir möchten Sorgen der Opfer z.B. hinsichtlich ihres Aufenthaltsstatus und ihrer steuerlichen Situation adressieren, sie ihnen hoffentlich nehmen und ihnen ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten anonym aufzeigen.

Geschädigte können Informationen über ihren Fall in eine Online-Maske eintragen (siehe Abbildung 2) und erhalten eine Rechtseinschätzung zurück.

Ein Beispiel zu einem nicht gewährten Urlaubsanspruch:

- Das System stellt relevante juristische Fragen zur Einschätzung des Falls in verständlicher Sprache sowie der Herkunftssprache des Opfers.
- Das System ermittelt daraus automatisch die Rechte der/des Geschädigten in Form einer vorläufigen Rechtseinschätzung.
- Diese werden dem/der Geschädigten im Anschluss als PDF auf deutsch bzw. in der jeweiligen Herkunftssprache ausgegeben.

Dies soll den Geschädigten eine Orientierung über ihre Rechtslage geben. Am Ende des Dokuments soll auf professionelle Rechtsberatungsstellen wie das Angebot der Arbeiterkammer verwiesen werden, um die Hemmschwelle einer Kontaktaufnahme zu diesen Stellen zu verringern und Vertrauen aufzubauen, dass diese Stellen helfen können.

Bei dem Online-Service soll es sich nicht um eine Rechtsberatung im klassischen Sinn handeln, da dies über ein Online-Tool unserer Einschätzung nach nicht abbildbar ist. Vielmehr soll es durch die Zusicherung der Anonymität den Opfer Sorgen nehmen und somit Hürden verringern, mit offiziellen Stellen wie der Arbeiterkammer Kontakt aufzunehmen. Bei vorliegenden Rechtsverstößen soll es darstellen, ob und wie sich eine nähere Untersuchung des Falls lohnt. Für die Fälle, in denen sich Geschädigte für ein Gerichtsverfahren

Was ist passiert?



Urlaub nicht richtig angerechnet

Ihr Arbeitgeber hat Ihnen Ihren Urlaub nicht anerkannt oder nicht korrekt vergütet oder anderes.



Gehalt nicht korrekt bezahlt

Mit Ihrem Arbeitgeber war ein anderes Gehalt ausgemacht, also tatsächlich gezahlt wurde.



Zu lange Arbeitszeiten

Sie mussten übermäßig viele Überstunden ableisten.



Arbeitsumfeld nicht angemessen

Sie haben in einer zu lauten, zu dunklen, zu kalten/warmen Umgebung ohne entsprechende Ausrüstung gearbeitet.

Abbildung 2: Das Interface des Prototypen

Next →

entscheiden, soll ebenfalls auf die vorhandenen Angebote offizieller Stellen wie der Arbeiterkammer verwiesen werden.

HERAUSFORDERUNGEN

Zentrale Herausforderungen für dieses Projekt bestehen sowohl in juristischer, in sprachlicher und informatischer Hinsicht.

Um einen Rechtsanspruch sinnvoll bis zu einem im Vorhinein definierten Detailgrad bestimmen zu können, bedarf es der Erarbeitung vieler Fragen und deren Folgen für die Rechte von Geschädigten. Die verwendete Methode macht sich dabei die baumartige Struktur des kodifizierten Rechts zu Nutze und versucht so, in möglichst alle Details des Arbeitsrechts vorzudringen. Dies muss iterativ für so gut wie alle Bereiche des Arbeitsrechts erfolgen, wobei die am häufigsten vorkommenden Fälle prioritär vom System erfasst werden sollen. Die Herausforderung besteht hauptsächlich darin, genügend qualifizierte Mitstreiter*innen mit der entsprechenden juristischen Expertise zu finden.

In sprachlicher Hinsicht werden gute Übersetzer*innen in die jeweiligen Sprachen (zunächst ukrainisch, danach bulgarisch, rumänisch...) benötigt, die nicht nur juristisch korrekte, sondern auch für alle Nutzer*innen verständliche Übersetzungen anfertigen können.

Im Informatik-Bereich werden auf lange Sicht auch Mitstreiter*innen mit Back-End und Front-End-Expertise benötigt. Themen wie Parallelisierung, Skalierung, Support und Wartung werden für die langfristige Projektumsetzung relevant.

Zusätzlich wurden schon Netzwerke angefragt, um den Service möglichen Opfern von Arbeitsausbeutung bekannt zu machen. Zusammen mit einer konstanten Verbesserung der User-Experience werden die Netzwerke entscheidend für die Verbreitung des Online-Services und die Nutzungszahlen sein. Die OSZE hat zudem angeboten, die Bekanntmachung und Verbreitung des Tools durch Kontakte, Kampagnen und NGOs zu unterstützen.

TEAM

Wir sind ein dreiköpfiges Team von Freiwilligen, die sich für das Projekt einsetzen. Katharina Walus ist Juristin bei Generali und behandelt dort Fälle von Arbeitsrechtsverstößen. Tobias Zöhler studiert Jus an der Universität Wien und trägt zur systematischen Aufbereitung juristischer Bereiche bei. Raphael Schönball ist Mathematiker/Informatiker und bringt die informatische Expertise mit ein.